



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Berichtsantrag zur Situation der bayerischen Milcherzeuger

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die aktuelle politische Lage betreffend den Milchmarkt schriftlich und mündlich zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Wie stellt sich die aktuelle Situation auf dem bayerischen, deutschen und europäischen Milchmarkt dar?
- Wie sehen die Strukturen auf den bayerischen und deutschen Milchviehbetrieben (Betriebsgröße, Milchkuhhalter, Milchkühe) aus?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Situation und die Entwicklungsmaßnahmen dieser Betriebe nach dem 30. März 2015?
- Liegen der Staatsregierungen Informationen vor, wie die bayerischen Milcherzeuger zum aktuellen Zeitpunkt den Quotenausstieg bewerten?
- Welche gegebenenfalls nötigen Marktstützungsmaßnahmen sind von der Staatsregierung bisher vorgesehen?

Begründung:

Das Thünen-Institut geht in der aktuellen Einschätzung „Thünen-Baseline 2013 - 2023: Agrarökonomische Projektionen für Deutschland“ für das Jahr 2023 von einer Milchmenge von 34,5 Mio.t, sowie einem Milchpreis von 33 Cent/kg Milch aus. Dies entspricht einem Anstieg der Milchmenge um rund 18 Prozent gegenüber dem Jahr 2009/2010. Auch wenn sich wahrscheinlich gute Absatzchancen am Binnen- und Weltmarkt ergeben werden, so werden die Milcherzeuger aufgrund der zunehmenden Volatilität des Milchmarkts vor immer größere Herausforderungen gestellt. Gerade für die im Bundesdurchschnitt kleineren bayerischen Familienbetriebe stellen diese Marktschwankungen eine große Herausforderung dar, weshalb es gilt diese von Seiten der Staatsregierung zu unterstützen.